

Eingel.  
am 22. Juni 2020

14 09<sup>h</sup>

Tgb.Nr. ...21646.....

Wels, am 22. Juni 2020

## **Vordringlicher INITIATIVANTRAG**

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

**Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen, im Wirkungsbereich der Stadt Wels umsetzbaren Schritte zur Bekämpfung der steigenden Jugendarbeitslosigkeit in Wels, einzuleiten.**

### **Begründung:**

Mindestens 1000 Jugendliche werden im September wegen der Coronakrise keine Lehrstelle in OÖ finden. Auch um bis zu 80% weniger Praktika und Ferialjobs werden laut Medienberichten (Kurier 15.06.2020) heuer im Sommer angeboten. Die Arbeitslosigkeit von unter 25-jährigen steigt laut AMS OÖ von Ende Mai 2020 viel stärker als in allen anderen Altersgruppen (+94,8%). Die Vernichtung von Arbeitsplätzen in Folge der Corona-Pandemie trifft junge Menschen mit voller Härte.

Im AMS-Bezirk Wels stieg im Mai die Arbeitslosigkeit bei den bis 19-Jährigen im Vergleich zum Vorjahr um 59,26%. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen verzeichnet das AMS einen Anstieg um 108,68%. 245 Jugendliche waren Ende Mai beim AMS Wels als Lehrstellensuchende vorgemerkt. Dazu kommen jetzt noch Schulabgänger. Gleichzeitig nimmt die Zahl der sofort verfügbaren Ausbildungsplätze ab.

Um zu verhindern, dass die Berufseinsteiger\*innen in eine Dauerarbeitslosigkeit abrutschen, mit allen damit verbundenen sozialen und gesellschaftlichen Gefahren, muss die Stadt Wels im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit mehr Engagement gegensteuern und rasch die notwendigen Schritte einleiten.

Der in der Gemeinderatssitzung am 25. Mai 2020 von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Dringlichkeitsantrag wurde trotz des großen Handlungsbedarfs dem Finanz- und Präsidialausschuss zugewiesen. Die Stadt Wels sollte jedoch sofort das bestehende Netzwerk für Jugendbeschäftigung aktivieren und in Kooperation mit den Netzwerkpartnern rasch ein Maßnahmenpaket schüren.

2012 hat die Stadt Wels gemeinsam mit dem AMS, dem Land OÖ und dem Bfi OÖ als Trägerorganisation in Wels eine Produktionsschule gegründet. Das war ein ganz wichtiger Beitrag zur Entspannung der Situation nach der Finanzkrise im Jahr 2008. Dadurch konnten sich viele Jugendliche und junge Erwachsene mit Nachholbedarf für den Einstieg oder Wiedereinstieg ins Berufsleben qualifizieren.

Die Arbeiterkammer schlägt eine deutliche Ausweitung niederschwelliger überbetrieblicher Ausbildungsangebote vor. Arbeitslosen Jugendlichen mit abgebrochener Berufsausbildung soll bis zum vollendeten 24 Lebensjahr eine weiterführende Ausbildung ermöglicht werden - auf betrieblichem aber auch überbetrieblichem.

**Um für den Standort Wels zielgerichtet Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit einzuleiten und rasch in die Umsetzung zu kommen, soll der „Pakt für bessere Beschäftigungschancen für die Jugend im Bezirk Wels/Wels Land“ mit mehr Leben erfüllt werden.**

Besonderen Handlungsbedarf hat die Stadt Wels - wie bereits mehrfach hingewiesen - aufgrund der bereits vor der Corona-Krise dramatisch hohen Anzahl von 15- bis 24 Jährigen ohne Lehrabschluss oder sonstiger Ausbildung, denn das ist meistens der direkte Weg in die Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialhilfe.

Laut dem aktuellen Zukunftsranking der Bezirke liegt Wels bei den Arbeitsmarktdaten im hinteren Feld, obwohl die Stadt mit 1,14 Erwerbstätigen pro Einwohner, die vierthöchste Arbeitsplatzdichte aufweist. Als Grund wird u. a. die hohe Arbeitslosenquote genannt ( [REDACTED] )

Die jungen Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger brauchen jetzt rasch aktive Unterstützung, damit nicht ihre positive Zukunftssicht in ein Gefühl von Perspektivenlosigkeit und Frustration umschlägt. Das gilt auch für Absolventen höherer Schulen, denn auch für sie ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt schwieriger geworden. Eine HTL- oder HAK-Matura ist keine Arbeitsplatzgarantie mehr.

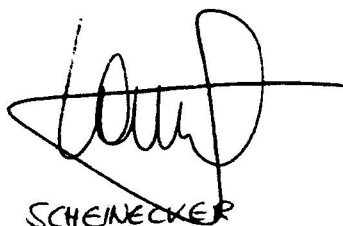
Die sozialdemokratische Fraktion ersucht die Mitglieder des Gemeinderates daher um Unterstützung dieses Antrags.

Berichterstatter:

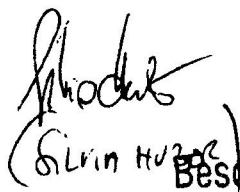
StR Johann Reindl-Schwaighofer



Für die sozialdemokratische Fraktion



SCHNEICKER



(Silvin Huzar)

Anhang GÖ&R  
Zusatzvertrag vollständige  
Durchführung zur Berechtigung  
und Diskussion  
20 JA (FP, VP, NEOS)  
11 NEIN (SP, GRÜNE)

Beschluss des Gemeinderates  
- 6. Juli 2020

vom..... Antrag

einmütig - mit Stimmenmehrheit  
angenommen - ~~abgelehnt~~ - ~~zurückgestellt~~

Der Vorsitzende:

